

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktions- und Geschäftsstelle: Dresden, Postfach 10011, Hauptstraße 38/40

Preis: 1.00 M. pro Woche, 3.00 M. pro Monat, 10.00 M. pro Vierteljahr, 35.00 M. pro Halbjahr, 70.00 M. pro Jahr. Einmalige Beiträge 1.00 M. pro Zeile, 10.00 M. pro Spalte. Anzeigenpreis für 1000 Eindrücke 1.00 M. pro Zeile, 10.00 M. pro Spalte. Anzeigenpreis für 1000 Eindrücke 1.00 M. pro Zeile, 10.00 M. pro Spalte.

Verlag: Neudruck & Verlagsanstalt, Dresden, Postfach 10011, Hauptstraße 38/40

Vorstandssitzung der Deutschnationalen

Berufung der parlamentarischen Vertretung

Berlin, 24. Juli. Der deutschnationale Parteivorstand ist heute vormittag um 11 Uhr im Reichstag zusammengetreten. Die vertrauliche Sitzung, an der von den insgesamt 95 Vorstandsmitgliedern 85 teilnahmen, wurde eingeleitet durch ein Referat des Parteiführers

Dr. Eugenbergs über die allgemeine politische Lage, an das er einen Bericht über seine Reise in den Westen des Reiches schloß. In deutschnationalen Kreisen rechnet man aus dem Ergebnis dieser Reise, daß die ehemals besetzten Gebiete zu einem Hauptaufmarschgebiet der deutschnationalen Bewegung werden. Auch der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion Dr. Oberfohren berichtete in einem Referat über die Vorgänge im Reichstag, die zur Auflösung des Parlaments führten. Er legte im einzelnen den Gang der Verhandlungen dar, die mit dem Kabinett Brüning geführt worden sind und die darauf abzielten, in Verbindung mit einer Neuordnung in Preußen eine Umstellung der Regierungspolitik im Sinne einer Ausgabenkürzung und einer Revision des Youngplans zu erreichen. Die Ablage des Zentrums an den deutschnationalen Sammlungsaufruf habe die Auflösung zu einer Notwendigkeit gemacht und zwinge das deutsche Volk zu Neuwahlen, die von der deutschnationalen Partei unter der

Parole: Rechtsüberhand!

Für Schwarz-Weiß-Vot, gegen Wirtschaftskrisen, Steuerbelastung und Tributverklassung geführt werden. Um 1 Uhr trat eine Pause in den Beratungen ein. Nach dem Wiederauftritt hat der Parteivorstand die grundlegenden Richtlinien für die Kandidatenaufstellung beschlossen, bei der der Persönlichkeitswert des Kandidaten in den Vordergrund gestellt werden soll und bei der es den Unterorganisationen zur strikten Pflicht gemacht wird, für eine Berufung der parlamentarischen Vertretung durch besondere Berücksichtigung der Jugendgeneration und der Kriegswunden Sorge zu tragen.

Der Parteivorstand nahm einstimmig folgende Entschlüsse an: „Der Parteivorstand bekennt sich in vollem Umfang zu der Politik seines Parteiführers Dr. Eugenbergs. Er dankt der Reichstagsfraktion und ihrem Vorsitzenden, Dr. Oberfohren, für ihren Widerstand gegen die wirtschaftszerstörenden Steuerpläne und die verhängnisvolle Halbheit des gegenwärtigen Kabinetts. Der Parteivorstand verurteilt es auf das Schärfste, daß eine Anzahl von Abgeordneten gegen den Mehrheitsbeschluss der Fraktion und gegen die Willensfundierung des Parteivorstandes gestimmt hat.“ Die deutschnationale Pressestelle bemerkt dazu noch: „Mit dieser einstimmigen Entschlüsse des Parteivor-

standes ist die nötige Klarheit geschaffen. Die Abgeordneten, die für die Regierung stimmten, haben die nationale Opposition auf das schwerste geschädigt. Da sie die Folgen aus ihrer Handlungsweise bereits selbst gezogen haben, braucht sich der Vorstand mit ihrem ferneren Verhältnis zur Partei nicht weiter zu beschäftigen.“ — Am Freitag findet eine Sitzung der Parteivertretung statt.

Eine Erklärung des Landesauschusses Sachsen

Der Sächsische Landesauschuss der Deutschnationalen Volkspartei, der die drei sächsischen Wahlkreise umfaßt, teilt auf den Dissen Brief der vier sächsischen Reichstagsabgeordneten, die aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetreten sind, unter anderem folgendes mit: Die Deutschnationale Volkspartei hat unter Führung Dr. Eugenbergs bewiesen, daß sie alle rechtlichen Möglichkeiten angewendet hat, um das heutige parlamentarische System der Verantwortungslosigkeit zu Fall zu bringen. Wir können in der rein formalen Anwendung des Artikels 48 durch den Reichspräsidenten ebensowenig eine Abkehr von diesem System wie eine Erfüllung der deutschnationalen Forderungen erblicken, mehr Macht in die Hand des Reichspräsidenten zu legen. Vielmehr ist dazu die entschlossene Abkehr vom Marxismus notwendig, die solange nicht erreicht ist, als die Sozialdemokratische Partei in der preussischen Regierung maßgebenden Einfluß besitzt. Die Deutschnationale Volkspartei tritt bewußt in den Entscheidungskampf gegen den Marxismus ein. In diesem schweren Kampf müssen wir strengste Parteizucht fordern, ganz besonders in Fragen grundsätzlicher Art.

Der Pommerische Landbund behält freie Hand

Stettin, 24. Juli. Der Pommerische Landbund hat am Donnerstag in einer Sitzung der Kreisgruppenvorsitzer und der Landesorgane in namentlicher Abstimmung folgenden einstimmigen Beschluss gefasst: „Der Reichslandbund verlangt in seinem Wahlaufruf in — wie er sich ausdrückt — bewußter Abkehr von der bisher geübten Methode von den einzelnen Landbünden, daß sie, soweit dies die örtlichen Verhältnisse irgend zulassen, im Wahlkampf für eine bestimmte Partei oder Parteigruppierung eintreten. Der Pommerische Landbund stellt fest, daß die örtlichen und politischen Verhältnisse in Pommern ebenso wie der bisherige Weg des Pommerischen Landbundes die Freiheit fordern gegenüber allen Parteien und deshalb die Festlegung auf eine bestimmte Partei oder parteipolitische Liste nicht gestattet.“

Graf Westarp über die Neugruppierung

Berlin, 24. Juli. In der „Kreuzzeitung“ äußert sich Graf Westarp heute ausführlich über die Neugruppierung auf der Rechten. Er stellt zunächst einleitend fest, daß die bisherige Rechte ein Trümmerhaufen sei. Schon aus diesem Grunde hätte es nicht im Interesse einer gesunden Fortentwicklung gelegen, daß gerade jetzt der Wahlkampf von der Führung der Deutschnationalen Volkspartei erzwungen worden sei. Graf Westarp fährt dann fort:

Man muß von vorn angefangen werden. Aus den Trümmern muß von neuem eine große und geschlossene Rechtspartei auf konservativer Grundlage geschaffen werden. Das ist das dringendste Gebot der Lage. Nur um dieses Ziel willen beteilige ich mich, wenn es gestattet ist ein persönliches Bekenntnis einzufügen, überhaupt noch an der politischen Arbeit.

Unendliche persönliche und sachliche Schwierigkeiten türmen sich dagegen auf. Nur Schritt für Schritt, nicht ohne manchen Umweg wird das Ziel zu erreichen sein. Die Arbeit muß geleistet werden, weil ohne eine starke und geschlossene konservative Rechte die sozialdemokratische Vorherrschaft nicht gebrochen, der Verfall von Nation und Wirtschaft nicht aufgehalten, die Aufgaben des Tages nicht gelöst, die Hochziele der äußeren und inneren Befreiung Deutschlands nicht erreicht werden können. In den unentbehrlichen Bestandteilen jeder konservativen Partei gehört das Landvolk.

Jetzt stehen wir vor der Tatsache allgemeiner Landvolkpolitik. Sie ist nicht damit abzutun, daß man sie als Staats- und agrarpolitisch falsch nachzuweisen sucht. Der Grund liegt auch nicht einmal in der verwerflichsten Notlage, die das Landvolk zu einseitigen und radikalen Entschlüssen treibt. Es muß ausgesprochen werden, daß die Politik der deutschnationalen Führung in den letzten anderthalb Jahren wesentlich dazu beigetragen hat, das Landvolk der Deutschnationalen Volkspartei zu entfremden und zu eigenem Leben zu veranlassen. Unter diesen Umständen scheint mir

die Landvolkliste psychologisch und nach der wirtschaftlichen und parteipolitischen Gesamtlage das einzige und geeignete Mittel

zu sein, um das Landvolk zusammenzuhalten, vor Radikalismus zu bewahren, ja es überhaupt an die Wahlurne zu bringen. Unter seinen Umständen darf sie nach meiner Auffassung das letzte Wort sein. Die gesamte Einstellung des Landvolkes kann nur konservativ sein. Aber es genügt nicht, daß die Träger der Landvolklisten das Bekenntnis aussprechen, daß in den Landvolklisten geeinte Landvolk zu einer staatspolitischen Einstellung zu führen. Das Ziel muß bleiben und der Entschluß muß gefunden werden, für die Wahl und

die Arbeit im Parlament die äußere und innere Vereinigung mit den konservativen gerichteten Kreisen und den Vertretungen des Gesamtvolkes wiederzustufen. Die Landvolkliste mag im gegenwärtigen Augenblick unvermeidlich und nützlich sein. Sie darf aber nur ein Mittel sein, das Landvolk wieder den politischen Anschluß an die konservative Gesamtheit finden zu lassen.

Graf Westarp weist dann noch darauf hin, daß er sich freihält für die besondere Aufgabe, den Zusammenschluß aller Gruppen und Parteien, die auf konservativer Grundlage dem Staate dienen wollen, zu einer großen und starken Rechtspartei herbeizuführen. Praktisch komme es zunächst darauf an, für die bevorstehende Wahl die Form des Zusammengehens zwischen der konservativen Volkspartei und dem Landvolk zu finden.

Keine Listenverbindung Landvolk-Treviranus

Berlin, 24. Juli. Gegenüber den Mutmaßungen, daß zwischen einer „Stadtliste“ Westarp-Treviranus und den Landvolklisten Listenverbindungen hergestellt werden sollen, erklärt der Vorsitzende der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei, Staatsrat a. D. Höfer, einem Vertreter der „Landvolk-Nachrichten“, solche Listenverbindungen kämen nicht in Frage. Eine Aufgabe der Selbständigkeit der Partei stehe außerhalb des Rahmens jeder Erörterung.

Führerkonferenz der Wirtschaftspartei

Berlin, 24. Juli. Am Donnerstag tagte in Berlin im Reichstag eine Führerkonferenz der Wirtschaftspartei, an der neben den Vertretern der Wahlkreise die Abgeordneten des Reichstages und der Länderparlamente teilnahmen. Parteivorstandender Abgeordneter Drewwig stellte mit Befriedigung fest, daß die Fraktion in der Lage gewesen sei, fruchtbare und erfolgreiche Arbeit im Interesse des Mittelstandes und der deutschen Wirtschaft überhaupt zu leisten. Reichsjustizminister Dr. Brüning ergänzte diese Ausführungen, an die sich eine rege Aussprache angeschlossen, in welcher die Richtlinien für die Reichstagswahlen festgelegt wurden. Im weiteren Verlaufe der Tagung ging Drewwig auf den geplanten und von der Deutschen Volkspartei angeregten Vorschlag ein, daß die Wirtschaftspartei schon einmal bereit gewesen sei, eine Sammlung der bürgerlichen Parteien zu versuchen. Dieser Versuch sei jedoch gescheitert und man müsse daher die weitere Entwicklung dieser Angelegenheit erst abwarten.

Die neue Rechte

Mit der Gründung der konservativen Volkspartei von Westarp bis Treviranus ist der entscheidende Schritt zur Sammlungsbewegung der politischen Rechtsgruppen zwischen der Deutschen Volkspartei und Hugenberg getan, die dafür Sorge tragen soll, daß im neuen Reichstag eine konservative Partei einzieht, die im alten zwar vorhanden war, aber infolge der Richtungskämpfe im deutschnationalen Lager nicht zur staatspolitischen Wirkung kommen konnte. Mit einem Schlag ist damit der alte, alte konservative Name wieder zu Ehren gekommen, den man bei der Parteienneubildung nach Kriegsende scheuen zu müssen glaubte wegen eines reaktionären Beiklanges, der ihm in den Ohren der Öffentlichkeit anhaftete. Aber nicht auf den Namen kommt es diesmal an, sondern auf den Inhalt. Und in dieser Hinsicht bürgen die Männer, die den Aufruf unterzeichnet haben, ebenso wie das Programm, das sie veröffentlichten, dafür, daß die Bestrebungen der neuen Partei fortgeschrittlich im guten Sinne des Wortes sind.

Als Zweck der Bewegung wird darin die Absicht in den Vordergrund gestellt, alle konservativen Kräfte geschlossen im Staatsleben einzusetzen und dadurch zu verhindern, daß die Herrschaft der Linken verewigt wird. Die Ehrfurcht vor der großen geschichtlichen Ueberlieferung, also das wesentlich konservative Element, soll sich in Harmonie vermählen mit zielbewusster Arbeit an der Gegenwart für Freiheit und Zukunft der Nation. „Katastrophenpolitik“ radikaler Richtung wird scharf abgelehnt aus der Ueberzeugung, daß man die deutsche Volkskraft nicht verkrümmen lassen darf, weil im Gegenteil ihre Stärkung die Voraussetzung für die innere und äußere Befreiung ist. Daneben klingt ein im deutschen Parteilieben neuer Ton in dem Aufruf an, wenn gesagt wird, daß sich die Parteien nicht nur zu bekämpfen, sondern durch den Blick auf die Allgemeinheit auch zu ergänzen hätten. Ebenso begrüßenswert ist das Bekenntnis zu den lebendigen Quellen des Christentums als Fundament der Partei, sowie der Wille zu einem friedlichen Wettstreit der Konfessionen und zur Ueberwindung der sozialen Klassenordnung von oben und unten. Am Grundlag des Privatigentums wird festgehalten, aber seine Verpflichtung zum Dienst am Ganzen besonders betont. Im Innern will die Partei ihre Kräfte mit gemäßigter föderalistischer Tendenz in den Dienst der Reichsreform stellen und dabei auf der einen Seite die Selbstverwaltung fördern und auf der andern die Autorität des Staates und der Staatsdiener wieder herstellen. Nach außen hin wird ein kräftiges Bekenntnis zum Wehrgedanken abgelegt und darüber hinaus eine aktive Wehrpolitik vorgezeichnet, die, von den praktischen Gegebenheiten der Lage ausgehend, wachsam, rege und unternehmungsfreudig die Wandlungen der weltpolitischen Konjunktur für den deutschen Aufstiegswillen nutzbar machen soll. Wenn dieses Programm von Zentrumsseite bereits als „zu wenig konkret“ kritisiert wird, so ist dem entgegenzuhalten, daß es nicht das Ziel der Sammlungsbewegung auf der Rechten sein kann, einzelne Programmpunkte möglichst scharf herauszumerkeln, um sie dann im politischen Tageskampf abzulehnen zu lassen, sondern den konservativen Staatsgedanken als ganzen in die Tat umzusetzen. Deshalb braucht man es auch nicht unbedingt als einen Mangel zu empfinden, daß der Aufruf in der gegenwärtig und demnächst nicht aktuellen Frage der Staatsform keine Festlegung enthält. Für die Republikaner muß es genügen, daß der Wille zur Mitarbeit im gegenwärtigen Staate deutlich zum Ausdruck gebracht wird, und die überzeugten Monarchisten brauchen keine Skrupeln zu haben, wenn sich so königstreue Männer wie Graf Westarp und General v. Lettow-Vorbeck an die Spitze der Bewegung stellen. Man darf dabei nicht vergessen, daß in diesem Wahlgang bereits junge Leute zur Stimmabgabe berufen werden, die das Kaiserreich nur noch vom Hörensagen kennen. Wenn man sie, denen die Verwurzelung im alten steht, aus den konservativen Reihen ausschließen wollte, so würde man den konservativen Gedanken zum langsamen Absterben verurteilen. Nur aus der Zusammenarbeit kann den alten Idealen neue Lebenskraft erwachsen.

Mit diesem Programm untermauert, ist die in der konservativen Volkspartei vollzogene Einigung von Westarp bis

Heute: **D.N.** - Kraftfahrer
Seite 15 und 16